

Ressort: Finanzen

Berlin nimmt Sparkassen gegen europäische Finanzaufseher in Schutz

Berlin, 09.03.2017, 18:49 Uhr

GDN - Im Streit um die Besetzung der Verwaltungsräte ergreift das Bundesfinanzministerium Partei für die Sparkassen. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die europäische Bankenaufsichtsbehörde Eba stören sich daran, dass Regierungsmitglieder, Bürgermeister und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Verwaltungsräten von Sparkassen sitzen, schreibt das "Handelsblatt".

Im Kern zweifeln sie an einer angemessenen Aufsicht über die Sparkassen wegen möglicher Interessenkollisionen. Die Bundesregierung setzt sich hingegen dafür ein, dass die zukünftigen Eba-Leitlinien und der EZB-Leitfaden "den Besonderheiten des nationalen Rechts und damit auch den Besonderheiten der kommunalen Trägerschaft, wie sie in den Sparkassengesetzen vorgesehen ist, Rechnung tragen", erklärte das Bundesfinanzministerium auf Anfrage des "Handelsblatts". Mit anderen Worten: Da die Kommunen Träger der Sparkassen sind, sollten sie die Institute auch beaufsichtigen dürfen. Unabhängig davon hält die Bundesregierung Mindestanforderungen an die Qualifikation von Vorständen und Aufsichtsräten für nötig.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-86394/berlin-nimmt-sparkassen-gegen-europaeische-finanzaufseher-in-schutz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619